

Landwirte kämpfen für den Erhalt ihrer Äcker

Mit einem Appell, gegen die weitere Bodenversiegelung bislang landwirtschaftlich genutzter Flächen vorzugehen, haben sich die Kreisbauernschaften Mettmann und Ruhrgrößtädte an die Bundestagskandidaten des Nordkreises gewandt. "Statt immer mehr landwirtschaftliche Flächen in Bauland zu verwandeln, sollten lieber Industrie und Baubrachten genutzt werden", regte der Vorsitzende der Kreisbauernschaft Ruhrgrößtädte, Christoph Ridder, an. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Beyer hatte auf den Plan der NRW-Landesregierung aus CDU und FDP verwiesen, für eine Neuregelung bei Ausgleichsflächen zu sorgen. Bislang sorgen auch sie dafür, dass Ackerflächen kleiner werden und somit aus der Rentabilität herausfallen. Die grüne Kandidatin Ophelia Nick kritisierte die Bodenversiegelung, "die ganz klar zu Lasten wichtiger Tier- und Insektenarten geht". Aus dem Publikum unterstützte eine Jungbäuerin den Appell: "Ich möchte gerne Landwirtin werden - doch ohne Land geht das nicht."

Mehr als zwei Stunden lang standen Peter Beyer (CDU), Kerstin Griese (SPD), Ophelia Nick (Die Grünen), Dr. Anna-Tina Pannes (FDP) und Dieter Karzig (Die Linken) vor rund 80 Gästen in der Scheune am Conesweg Rede und Antwort. Laut Martin Dahmann, Kreisvorsitzender der Bauern, war auch die AfD zu der Podiumsdiskussion eingeladen. Doch diese habe nicht reagiert. In der zum Teil lebhaft geführten Diskussion kritisierten Bauern und Landfrauen, sie unterlägen immer mehr Auflagen und Verordnungen. Da werde in Brüssel bei der EU etwas erdacht, in Berlin werde diese Vorgabe verschärft und das Land NRW setze nochmals eins drauf. Deutlich wurde dies am Begriff "Massentierhaltung", den die Bauern als "Kampfbegriff" von Grünen und selbst ernannten Tierschützern empfinden. Wer angesichts extrem niedriger Milch- und Fleischpreise als Landwirt überleben wolle, müsse in immer größeren Einheiten denken.

Zugleich seien auch diese Ställe anders aufgebaut und ausgestattet als vor 30 Jahren. "Bei mir laufen heute alle Kühe frei durch den Stall", sagte ein Landwirt. Jeder Bauer wisse, dass er nur dann Leistungen von seinen Tieren erwarten dürfe, wenn es sie sich wohlfühlten. Hellhörig wurden die Landwirte, als es um das Thema Steuern ging. CDU/CSU und SPD wollen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten - die Steuerhöchstsätze sollen erst bei höheren Jahreseinkommen als derzeit greifen. Kerstin Griese, SPD, verteidigte die Idee, dass ab einem Jahreseinkommen von 250.000 Euro eine neu einzuführende Vermögenssteuer greifen soll, falls die SPD die Regierung stellt. Peter Beyer bezeichnete diesen Teil der SPD-Pläne als "Neidsteuer". Für die FDP erklärte die Kandidatin Pannes, die Liberalen wollten die Bürger um 30 Milliarden Euro entlasten. Das "Wie" ließ Anna-Tina Pannes allerdings offen.

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/ratingen/landwirte-kaempfen-fuer-den-erhalt-ihrer-aecker-aid-1.6929494>